

PROTOKOLL

der 10. Sitzung des Sozialausschusses vom 05.05.2010

Beginn der Sitzung: 17.00 Uhr
Sitzungsort: Neues Rathaus, Raum 7

Ende der Sitzung: 19.10 Uhr

Anwesenheit Sozialausschuss 05.05.2010

Mitglieder des Ausschusses	anwesend	abwesend	
		entschuldigt	unentschuldigt
Stimmberechtigte Mitglieder			
Herr Klaus Lamprecht (i.V. des Oberbürgermeisters)	x		
Frau Ina Leukefeld	x		
Frau Ingrid Mitschke	x		
Herr Lothar Denner	x		
Herr Dieter Lämmerzahl	x		
Frau Bärbel Strauch		x	
Herr Matthias Griebel ab 17.05 bis 17.55 Uhr (i.V. von Frau Csutorka)	x		
Frau Manuela Habelt	x		
Herr Dr. Manfred Hardt	x		
Herr Michael Spörer	x		
Mitglieder mit beratender Stimme			
Herr Thomas Koch	x		
Frau Bianca Conrad (i.V. des Herrn Jürgen Arfmann)	x		
Frau Sarina Schünemann	x		
Frau Karen Wetzlich (i.V. Frau Angelika Hellmann)	x		
Herr Lutz Stiehler		x	
Sachkundige Bürger			
Frau Elisabeth Pfestorf	x		
Herr Lars Jähne	x		
Herr Rüdiger Müller	x		
Herr Daniel Mentzel	x		
Frau Gundula Herzfeld		x	
Frau Petra Kämmerzähl		x	
Ständige Teilnehmer			
Herr Jan Turczynski	x		
Herr Dietmar Behrendt	x		

Feststellung der Beschlussfähigkeit des Ausschusses:

Von 10 stimmberechtigten Mitgliedern sind 8, ab 17.05 Uhr 9 anwesend,
von 5 beratenden Mitgliedern sind 4 Mitglieder anwesend,
von 6 sachkundigen Bürgern sind 4 anwesend.
Damit ist der Sozialausschuss beschlussfähig.

A) Nichtöffentlicher Teil

B) Öffentlicher Teil

TOP 2. Bürgerfragestunde

Es gibt keine Anfragen.

TOP 3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 07.04.2010

Abstimmung über das Protokoll: 8 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 0 Enthaltungen

von 8 stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses.

Damit ist das Protokoll der Sitzung vom 07.04.2010 bestätigt (Beschluss-Nr. SA 06/10).

(Herr Griebel nimmt ab 17.05 Uhr an der Sitzung teil. Damit sind 9 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend.)

TOP 4. Information zur Arbeit der Sozialen Dienste in der Justiz

Herr Nitzsche, Mitarbeiter in der Außenstelle Suhl, berichtet über Struktur und Aufgaben der Sozialen Dienste in der Justiz (*eine entsprechende Übersicht ist als Anlage zum schriftlichen Protokoll beigefügt*). Im Durchschnitt sind im Jahr ca. 160 Personen in Betreuung, davon müssen etwa ein Drittel gemeinnützige Stunden leisten. Der Bedarf an Arbeitsgelegenheiten beläuft sich auf ca. 10.000 Stunden im Jahr. Insbesondere in Suhl ist es jedoch schwierig, Einsatzmöglichkeiten zu finden, deshalb bittet Herr Nitzsche an dieser Stelle um Unterstützung. Bisher habe man vorwiegend Einsatzmöglichkeiten im Tierpark und auch mit der Volkssolidarität gibt es eine gute Zusammenarbeit.

Frau Schünemann bestätigt, dass man damit bisher gute Erfahrungen gemacht hat.

Frau Kurth, Geschäftsführerin des Jugendhilfevereins „Fähre“, berichtet über die Aufgaben des Vereins. Dazu gehören ebenso die Organisation gemeinnütziger Arbeit, die soziale Betreuung, soziale Trainingskurse, auch für Kinder, der Täter-Opfer-Ausgleich sowie Einzelberatungen. Ca. 420 Jugendliche leisten gemeinnützige Arbeit in Jugendeinrichtungen, Pflegeeinrichtungen u.a.

Herr Dr. Hardt fragt, wann betreute Personen als resozialisiert gelten.

Herr Nitzsche erläutert, dass bei Erwachsenen 3 Jahre und bei Jugendlichen 2 Jahre Zeitraum vergangen sein müssen, was danach passiert, ist allerdings nicht mehr von ihnen zu ermitteln. Etwa 60 % der betreuten Personen sind danach im Durchschnitt resozialisiert.

Herr Lamprecht bemerkt, dass ihm die Problematik der fehlenden Einsatzstellen für den sozialen Dienst der Justiz so noch nicht bekannt war, bisher gab es immer nur die Sicht des Jugendhilfevereins „Fähre“. Er werde dies jedoch prüfen und bietet ein Gespräch zu dieser Problematik an.

Frau Pfestorf fragt nach den sozialpädagogischen Effekten der gemeinnützigen Arbeit beim sozialen Dienst der Justiz.

Herr Nitzsche erklärt, dass dieser bei dem zu betreuenden Personenkreis nicht so sehr im Vordergrund steht, da es vorwiegend Personen betrifft, die Strafbefehle oder Geldstrafen, die sie nicht bezahlen können, abarbeiten.

Weiter weist Frau Pfestorf darauf hin, dass Möglichkeiten zum Ableisten von Stunden auch bei der Herstellung von Sauberkeit in den Wohngebieten, z.B. in der Ilmenauer Straße, bestehen.

Herr Lamprecht antwortet, dass dies geprüft wird.

(Herr Matthias Griebel verlässt die Sitzung um 17.55 Uhr, damit sind noch 8 stimmberechtigte Mitglieder des Ausschusses anwesend)

TOP 5. Information zum Konzept zur Durchführung einer Sozialkonferenz in Suhl

Herr Lamprecht erläutert das von der Arbeitsgruppe ausgearbeitete Konzept und erklärt, dass nach Befürwortung durch den Ausschuss das Konzept dem Stadtrat als Ergebnis des in den Ausschuss verwiesenen Antrages vorgelegt wird.

Frau Leukefeld erinnert nochmals auf die durch den Ausschuss vorgeschlagene Verfahrensweise und informiert, dass man sich in der Arbeitsgruppe auf den Themenschwerpunkt „Strategien zur Armutsbekämpfung in Suhl“ verständigt habe und auch Hinweise aus europäischer Sicht (Europaabgeordnete Gabi Zimmer) und Erfahrungen auf Landesebene seitens der Landesliga der freien Wohlfahrtspflege mit einfließen sollen.

Herr Koch schlägt unter Verweis auf die Erklärung der Landesliga zur Armut vor, dabei auch den Schwerpunkt auf die Kinderarmut zu setzen.

Herr Denner erinnert daran, dass schon oft über dieses Thema gesprochen wurde, jedoch nichts erreicht wurde. Er fragt, was bei dieser Konferenz dann herauskommen soll.

Frau Leukefeld entgegnet, dass dies so nicht stimmt. Es gebe schon Maßnahmen gegen Armut und Kinderarmut im speziellen. Allerdings gebe es auch finanzielle Grenzen.

Auch Herr Lämmerzahl findet die Äußerungen von Herrn Denner übertrieben. Es werde schon viel getan und viele Menschen sind hierbei engagiert.

Herr Müller gibt Herrn Denner zum Teil Recht und weist darauf hin, dass es auch Ergebnisse geben muss. Man muss sich entscheiden, ob man etwas will oder nicht, man sollte aber immer auch sehen, was noch möglich ist.

Frau Mitschke bestätigt, dass es bereits viele Angebote für bedürftige Menschen gibt, diese müssten jedoch noch mehr öffentlich gemacht werden.

Herr Dr. Hardt gibt zu bedenken, dass mehr derartige Leistungen in der Zukunft auf Grund der finanziellen Lage wohl Illusion sind, vielmehr sollte die Wirksamkeit der bestehenden Maßnahmen verbessert werden.

Herr Lämmerzahl ergänzt, dass auch mehr an die Selbstverantwortung der Menschen appelliert werden muss, die bisherige Herangehensweise ist zu einseitig auf finanzielle Vergünstigungen ausgerichtet.

Auch Frau Leukefeld ist der Meinung, dass die soziale und kulturelle Spaltung der Gesellschaft nicht allein durch finanzielle Mittel beseitigt werden kann. Nachdenkenswert ist in dieser Richtung auch das „Gemeinsame Soziale Wort“ der Landeswohlfahrtsverbände in Thüringen. Sie regt an, dieses den Ausschussmitgliedern zur Verfügung zu stellen.

(Hinweis: Das „Gemeinsame Soziale Wort“ ist unter folgender Internetadresse zu finden:

<http://www.landesjugendring-thueringen.de/wDeutsch/jugendpolitik/sozialeswort/index.shtml>)

Abstimmung über den Antrag 5 der Fraktion Die Linke in der Sitzung des Stadtrates am 27.01.2010: „Durchführung einer Sozialkonferenz der Stadt Suhl im Herbst 2010“ (Geschäftsordnungsantrag Nr. 5/2010):

8	Ja-Stimmen
0	Nein-Stimmen
0	Enthaltungen

von 8 stimmberechtigten Mitgliedern des Sozialausschusses.

Damit wird der Antrag einschließlich des beiliegenden Konzepts dem Stadtrat zur Beschlussfassung empfohlen.

Die Sozialkonferenz soll am 04.11.2010 stattfinden, die an diesem Tag vorgesehene Sitzung des Sozialausschusses entfällt dadurch.

TOP 6. Anfragen und Anträge nach der Geschäftsordnung

Frau Habelt fragt an, wo die Schulen nach dem Wegfall des Hauses Philharmonie größere Veranstaltungen durchführen können.

Herr Lamprecht sagt eine Prüfung zu.

Frau Leukefeld informiert über ein an Sie gerichtetes Schreiben der FDP-Fraktion, in dem die Schaffung von 50 Stellen in gemeinnütziger Arbeit gefordert wird. Sie weist darauf hin, dass solche Anliegen besser in Form eines Antrages an den Ausschuss oder Stadtrat formuliert werden sollten, um den richtigen Verfahrensweg auszulösen. Die Thematik werde jedoch weiter diskutiert.

Herr Spörer ergänzt, dass sich das Schreiben auf das kürzlich durch den Landtag beschlossene Arbeitsmarktprogramm bezieht.

Frau Leukefeld informiert über ein Schreiben des Oberbürgermeisters an Aktiv für Suhl, in dem dieser auf die Problematik des Parkens für ambulante Pflegedienste eingeht. Danach können Ausnahmegenehmigungen bei der Stadt beantragt werden, diese sind allerdings kostenpflichtig.

Frau Leukefeld informiert über eine Ausschreibung zum Wettbewerb „Seniorenfreundlichste Stadt“ und regt an, dass die Stadt sich bewerben könnte.

Herr Lamprecht entgegnet, dass der Wettbewerb bereits bekannt sei, eine Bewerbung seitens der Stadt jedoch abgelehnt wird, da es eine Vielzahl derartiger Ausschreibungen gebe und dies von den Mitarbeitern nicht mehr geleistet werden kann. Eine Information über den Wettbewerb wurde auf der städtischen Internetseite sowie im Amtsblatt veröffentlicht.

C) Nichtöffentlicher Teil

Frau Leukefeld schließt die Sitzung um 19.10 Uhr.

Leukefeld
Vorsitzende
des Sozialausschusses

Behrendt
verantw. Mitarbeiter
für den Sozialausschuss